

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Erscheinung
an allen Werktagen.
Abonnement
in der Stadt vierteljährlich M. 1,35
monatlich 45 Pf.
Bei allen württ. Postämtern
und Boten im Orts- u. Nachbar-
ortsverkehr viertelj. M. 1,35,
ausserhalb desselben M. 1,35,
hinz. Bestellgeld 30 Pf.
Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.
Verfündigungsblatt
der kgl. Forstämter Wildbad, Meistern,
Enzklösterle u.
während der Saison mit
amtl. Fremdenliste.

Inserate nur 8 Pfg.
Ausserhalb 10 Pfg., die Klein-
spaltige Garmondzeile.
Kontakten 15 Pfg. die
Zeile.
Bei Wiederholungen entspr.
Rabatt.
Abonnements
nach Vereinbarung.
Telegramm-Adresse:
Schwarzwälder Wildbad.

Nr. 111.

Montag, den 13. Mai 1912

29. Jahrg.

Die Polizei im Parlament.

Run ist es also im preussischen Abgeordnetenhaus zu dem großen Krach zwischen Konservativen und Sozialdemokraten gekommen, den man nach der Zuspitzung des Verhältnisses zwischen diesen beiden Parteien längst erwarten mußte. „Der Leutnant mit zehn Mann“ hat seinen Einzug gehalten. Ein derartiger Vorgang war bis jetzt im parlamentarischen Leben Deutschlands unbekannt und wir haben bis jetzt immer mit einer gewissen Erbarmlichkeit auf andere Länder herabgesehen, wenn es dort zu parlamentarischen Tumulten kam. Jetzt haben wir dank dem Verhalten der Sozialdemokratie und dem vor zwei Jahren von der reaktionären Mehrheit des Abgeordnetenhauses beschlossenen Hausrechtsparagrafen vor anderen Ländern auch nichts mehr voraus.

Es ist schwer das Schuldverhältnis richtig zu vert. Gewiß ist, daß das Verhalten der Sozialdemokraten und insbesondere das des Herrn Borchardt den schärfsten Tadel verdient. Aber von diesem Tadel bis zur rohen Gewalt ist doch ein weiter Schritt. Eine Gewaltanwendung sollte in einem Parlament unbedingt vermieden werden selbst auf die Gefahr hin, die Sitzung für den betreffenden Tag schließen zu müssen. Dazu kommt jetzt, daß die Rechtsfrage nicht außer Zweifel steht. Der Abt. 3 der Geschäftsordnung des preussischen Abgeordnetenhauses, auf Grund dessen der Präsident die Ausschließung verfügte, lautet:

Der Präsident trifft die erforderlichen Maßnahmen, um die Ausschließung durchzuführen. Er kann hierzu insbesondere die Sitzung auf bestimmte Zeit aussetzen, den Sitzungssaal und die Tribünen räumen, den ausgeschlossenen Abgeordneten aus diesen Räumen entfernen lassen, sowie seinen Wiedereintritt verhindern.

Das Vert. Tagbl. ist der Meinung, daß der Wortlaut der Bestimmung die Gewaltanwendung während der Sitzung ausschließt und es wirt dem Präsidenten einen schweren Verstoß gegen die Geschäftsordnung vor. Der Abt. Borchardt hat bekanntlich den Polizeihauptmann, der ihn durch seine Schutzleute aus dem Saal entfernen ließ, darauf aufmerksam gemacht, daß er sich dadurch der Gefahr aussetze mit fünf Jahren Zuchthaus bestraft zu werden. Diese Warnung stützt sich auf den Paragraphen 105 des Reichsstrafgesetzbuches, der lautet:

Wer es unternimmt, den Senat oder die Bürgerschaft einer der freien Hansestädte, eine gesetzgebende Versammlung des Reichs oder eines Bundesstaats aus-

einander zu sprengen, zur Fassung oder Unterlassung von Beschlüssen zu nötigen oder Mitglieder aus ihnen gewaltsam zu entfernen, wird mit Zuchthaus nicht unter fünf Jahren oder mit Festungshaft von gleicher Dauer bestraft. Sind umstehende Umstände vorhanden, so tritt Festungshaft nicht unter einem Jahre ein. — Für die Verhinderung eines Mitglieds einer gesetzgebenden Versammlung, sich an den Ort der Versammlung zu begeben oder zu stimmen, ist ferner in § 106 Zuchthaus bis zu fünf Jahren oder Gefängnis von gleicher Dauer angedroht.

Die beiden Paragraphen treffen auf die Vorgänge am Donnerstag zu, denn man hat den Abt. Borchardt gewaltsam aus einer gesetzgebenden Versammlung entfernt und ihn außerdem durch Polizeigewalt verhindert, sich wieder dorthin zu begeben. Man kann also dem Abt. Borchardt nicht die Verletzung zur Stellung eines Strafantrages gegen die Schutzleute befehlen, die gegen ihn vorgegangen sind. Es fragt sich jetzt nur, wie sich die angerufenen Gerichte zu dieser staatsrechtlichen Frage stellen. Aber an und für sich muß man annehmen, daß durch eine Bestimmung der Geschäftsordnung, wie sie der Hausrechtsparagraf darstellt, ein auf Verfassungsmäßiger Grundlage beruhendes Reichsgesetz nicht außer Kraft gesetzt werden kann. Doch die Entscheidung dieser Frage wollen wir den Gerichten überlassen.

Der Abgeordnete Julian Borchardt ist Schriftsteller und wohnt in Groß-Lichterfelde. Er wurde im Herbst vorigen Jahres in der Ertragswahl für den verstorbenen Abgeordneten Vorgmann gewählt und vertritt den fünften Berliner Landtagswahlkreis.

Im preussischen Abgeordnetenhaus ist der Einspruch des Abt. Borchardt (Soz.) wegen seiner Ausschließung von der Sitzung eingegangen. Die Abstimmung hierüber dürfte am Montag erfolgen. Außerdem hat der Justizminister heute am Zustimmung zur strafrechtlichen Verfolgung gegen einen Redakteur des Vorwärts wegen eines Artikels „Assenombodie“ der eine Beleidigung des Abgeordnetenhauses enthält, erjacht.

Mit Ausnahme der konservativen Presse stimmen die Zeitungen aller Parteien darin überein, daß die Gewaltanwendung sich hätte vermeiden lassen müssen. Am meisten entrüstet ist natürlich der „Vorwärts“. Er richtet einen Vorwurf an die Parteigenossen und fordert zu Protestkundgebungen auf. Durch Anwendung von Gewalt sei die Immunität des Volksvertreters zerrüttert worden. Wie der „Vorwärts“ ferner mitteilt, hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschlossen, die trasse Verletzung der zum Schutz der Abgeordnetenität im Straf-

gesetzlich niedergelegten Strafvorschriften durch den Präsidenten des Abgeordnetenhauses und seinen polizeilichen Beauftragten bei den Verhandlungen des Reichstagskanzlers zur Sprache zu bringen. „So entwürdigend der Vorgang für das preussische Abgeordnetenhaus war“, so erklärt der „Vorwärts“, „so wenig haben wir ihn zu bedauern.“

Die einzelnen Fraktionen des Abgeordnetenhauses haben sich gestern abend in ihren Fraktionsitzungen mit den vorgestrichen Vorgängen und mit dem Einspruch des Abt. Borchardt beschäftigt. Es heißt, von konservativer Seite werde eine Parallelfraktion geplant, indem gegen die Abgt. Leinart und Borchardt wegen Hausfriedensbruchs und Widerstand gegen die Staatsgewalt Anzeige erstattet werde. Auch soll in konservativen Kreisen eine Verschärfung der Geschäftsordnung ins Auge gefaßt werden. Ueber die Beschlüsse der Sitzung der konservativen Fraktion von gestern ist in den konservativen Blättern noch nichts enthalten.

Das „Vert. Tagblatt“ schreibt zu dem Sozial: „Soll Preußen aus dem unwürdigen und skandalösen Zustand herauskommen, in die seine „Vollvertretung“ immer tiefer hineingerät, so gibt es dafür nur ein Mittel und das heißt Wohlwollen. Es ist eine unverantwortliche Sünde wider den guten Ruf und das Wohlergehen des preussischen Staats, diese Reform, die kommen wird und kommen muß, um der eigenen Verantwortlichkeit willen oder des Mangels an Staatsmännernem Mut hinauszuhalten.“

Die „Soz. Jtg.“ bringt ein Gutachten des Justizrats Hugo Sonnenfeld, demzufolge der Tatbestand des § 105 des Strafgesetzbuchs nicht erfüllt worden sei. Die Ordnung der Disziplin im preuss. Abgeordnetenhaus sei diesem vorbehalten. Im Rahmen dieses Vorbehalts dürfte das Abgeordnetenhaus Recht schaffen, auch wenn dasselbe abweichend von den Reichsgesetzen.

Die „Nationalztg.“ schreibt: „Der 9. Mai wird in der Geschichte des preussischen Abgeordnetenhauses für alle Zeit ein schwarzer Tag bleiben.“ Die „Nationalztg.“ verurteilt zwar die kindliche Methode des Abt. Borchardt, meint aber, es wäre um so wünschenswerter gewesen, daß ein solcher Entschluß nicht gleich das schärfste Verhängnis, das über eine Volksvertretung hereinbrechen könne, heraufschworen worden wäre.

Sozialdemokratische Protestversammlungen.

Berlin, 11. Mai. Anlässlich der Ausschließung des Abgeordneten Borchardt aus der Donnerstagssitzung des preussischen Abgeordnetenhauses veranstalteten die Sozialdemokraten gestern abend 6 Parkbesuche öffentliche Protestversammlungen, die überall ruhig verliefen. Im Waldpark an eine Versammlung in der Wäldchenstraße besuchte sich ein Zug von mehr als tausend Personen unter Abhängen der Parkallee und Hochrufen auf das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht bis zur Zollerstraße vor, wo ein starkes Polizeiaufgebot die Demonstration mit blanker Waffe auseinandertrieb. Eine Anzahl Verhaftungen wurden vorgenommen. Nach der Volk. Ztg. soll eine Anzahl Demonstrationen leicht verletzt worden sein.

„Alles hat wir eines Baums Getrieb,
Ob Ast, ob Zweig, ob Blatt, ob Blatt —
Gleich hat Natur uns alle lieb,
Sie anier aller Kubestast.“
Heinrich Hart.

Die Goldmühle.

Roman von Margarete Gehring.
Nachdruck verboten.

(Fortsetzung)

Die Ruhme war ernstlich böse, als Eva, ganz aufgeregt vor Freude, mit dem kleinen Hunde ankam und ihr erzählte, wo sie gewesen und wie schön es gewesen sei in der Mühle und wie sehr sie sich darauf freue, ein bis zwei Tage hinzugehen und mit dem kleinen Rosemarie zu spielen. „Kind, Kind,“ sagte sie ernst und hob den Finger, daß Eva erschrocken, „wie darfst du wieder dorthin gehen! Hörst du's, Eva? Das sind keine guten Leute da unten in der Mühle. Wenn du größer bist und Verstand hast, will ich dir's erzählen, was die uns angetan haben, die Kinder net, aber die Alten; jetzt frag' mich net danach. Und,“ fuhr sie fort, „auf der Stelle trägt das Hundel wieder fort! Was sollen wir mit dem Tierle, das uns nur im Wege ist? Und das merk' dir überhaupt für die Zukunft — nichts, gar net das Besten darfst net annehmen von denen! Es ist kein Segen darauf, glaub' mir's.“

Die Tränen liefen über die Wangen des Kindes, aber sie gehorchte sofort und brachte den Hund wieder nach der Mühle, wo die Kinder noch auf der Wiefe spielten und Ketten von Löwenzahntengeln fügten. Der kleine Florian machte ein ganz verwundertes Gesicht, als Eva den Hund wiedergab und erzählte, was die Ruhme gesagt hatte. „Deswegen kannst immer wieder kommen,“ meinte er, „brauchst's ihr ja net zu sagen, der alten Hartigen.“

„Sag' das net, Flori, die Ruhme ist immer gut zu mir, aber sie will's nur einmal net haben, daß ich zu euch geh.“

„Weißt was, Eva,“ sagte Flori, „wenn wir groß sind, alsdann heiraten wir uns und du ziehst auf die Mühle und bleibst immer da und kannst Hunde haben,

soviel du willst, auch große, wie dem Herrn Barrer sein Botan, der die langen Ohren hat und soviel Kunststücke kann. Unser Bello kann auch schon Bötchen geben und schön' machen, und wenn man mit ihm redt, dann wackelt er immer mit dem Schwanz und will einen kosen. Aber der Vater leidet das Leben net; er meint, das war' net gesund.“

Eva nickte etwas getrübt, aber es war ihr doch noch recht traurig zumute, als sie ging, und sie meinte: „Ach, das dauert noch gar lang, Flori, und wer weiß ob die Ruhme net unterdes längst gestorben ist und ich hab' zu fremden Leuten gehen müssen.“

„Alsdann ziehst eben zu uns, der Vater braucht immer Leute, die helfen.“

Einundzwanzigstes Kapitel.

Der kleine Florian war ein strammer Bub geworden. Ganz anders als sein Vater sah er aus, und doch sah derselbe mit Stolz auf seinen Erstgeborenen, als die Kinder mit den Eltern und Taufpaten am Palmsonntage zur Konfirmation gingen. Frau Rosemarie war ernst und still, ja sie weinte gar, als die Glocken so freudlich läuteten, daß es ihr schien, als hätten sie noch nie so geflungen.

„Wie schaut denn drein, Rosemarie?“ frug der Müller, „es ist doch keine Leiche, zu der du heut gehst. Tren' dich doch, daß der Junge so weit ist, und gut eingeschlagen ist er gottlob auch.“

„Ach Gott, laß mich geben, Flori,“ bat sie, „wer sollte denn an solch einem heiligen und hochwichtigen Tage net ernsthafteste Gedanken haben. Demnach dahim wollen wir schon mit den Opatern guter Dinge sein, wenn erst alles vorbei ist und er hat's Abendmahl genommen.“

Auch Florian hatte seine Ansehung auf dem Kirchgange, als er an der Gottesackerkirche die zu einem hübschen Mädchen herangewachsene Eva seit langer Zeit zum erstenmal wieder erblickte, in ihrem schlichten schwarzen Wollkleide, das Kränzchen im äppigen Haar und den Blick der dunklen Augen so traurig. Sie war ja ganz allein. Kein Mensch, der sie zur Kirche geführt hätte, denn die Ruhme lag krank und hatte das Fieber.

Auch in der Kirche blühten manche, die ein gutes

Herz hatten, voll Mitleid auf das einsame Kind, und als der Barrer ihr die Hand auslegte und ihr den Konfirmationspruch gab: „Mein Vater und meine Mutter verlassen mich, aber der Herr nimmt mich auf“, da füllte sich manches Auge mit Tränen.

Dem Müller aber war es, als hätte man einen Stein auf ihn geworfen und der Stein war ihm mitten vor die Stirn geflogen und ihm von da hart und schwer aufs Herz gefallen. Auch der Müllersin Brust hob ein hüßler Seufzer, als Florian am Altar kniete und den Spruch empfing: „Bleibe fromm und halte dich recht, denn solchen wird es zuletzt wohlgehen!“ Ach, warum konnte sie denn nur heute am Threntag ihres Erstgeborenen nicht recht frohen Herzens sein? Als der Barrer in seiner Schlussansprache auch der früh Dahingegangenen gedachte, die heute segnend auf ihr einsames Kind herabschaute, und das verwaiste Kind der Gemeinde zu besonderer Liebesobhut empfahl, da war es dem Müller, als ob sich die Wände des Gotteshauses im Kreise um ihn drehten und die Säulen des Kirchenschiffs um ihn taugten, und vor ihm stand sie in ihrer jugendlichen Schönheit, die arme Verlassene, die draußen an der Mauer lag, gerade zehn Schritt von dem Fenster, an dem er saß. „Euch wird doch net schlecht, Müller?“ flüsterte ihm leise ein junger Bauer zu, der neben ihm saß, „Ihr verfährt Euch ja.“ „Laßt nur,“ antwortete er erschrocken und gab sich Mühe, ruhig zu erscheinen, „es geht schon vorüber; die volle Kirche und die stidichte Luft ist schuld und der leere Wagen. Die Kirch' ist ja bald aus.“

Auf dem Heimwege redeten die beiden Müllersleute kein Wort. Jedes war still mit seinen eigenen Gedanken beschäftigt.

Es waren viele Gäste geladen und es ging hoch her in der Mühle, aber der rechte Ton der Freude kam nicht an; kein Mensch wußte, warum — nur zwei wußten es — der Müller und seine Rosemarie; aber jedes von beiden trug seine Last für sich allein.

Ende des ersten Teiles.

(Fortsetzung folgt)



Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 10. Mai 1912.

Am Bundesrätische Reichskanzler Dr. v. Bethmann Hollweg, Kriegsminister v. Deeringen.

Präsident Dr. Koempel eröffnete die Sitzung um 1 Uhr 3 Min. Auf der Tagesordnung standen zunächst Wahlprüfungen.

Die Wahl des Abg. v. Franzen (Voll.) wurde ohne Debatte entsprechend dem Kommissionsantrag für gültig erklärt.

Bei der Wahlprüfung des Abg. Deckmann (Nat.) wies Abg. Sasse (Soz.) auf ein Wahlflugblatt der christlichen Gewerkschaften hin, in dem die Sozialdemokraten als Kirchenhänder und Verleumder hingestellt wurden.

Abg. v. Mumm (Wirtsch. Bg.): Man sollte bei der gegenwärtigen Geschäftslage des Hauses nicht mit unkontrollierbaren Dingen kommen.

Die Wahl wurde für gültig erklärt.

Es folgte die zweite Lesung der Wehrvorlagen.

Abg. Erzberger (Ztr.) beantragte, mit den Wehrvorlagen den Militäretat zusammen zu beraten und am Schluß der Generaldebatte en bloc darüber abzustimmen.

Abg. Hans Eder Herr zu Putz (Konf.) als Berichterstatter ersuchte um unveränderte Annahme der Wehrvorlagen und um Annahme des Militäretats nach den Beschlüssen der Kommission.

Abg. Dr. Gradnauer (Soz.): Wir sind aus grundsätzlicher Auffassung heraus Gegner dieser Verbilligung zu Lande und zu Wasser, die alle Nationen schwer bedrückt.

Auch sind wir Gegner des heutigen Heeresystems, welches in erster Linie für die besitzenden und kapitalistischen Schichten zugeschnitten ist. Die große Mehrheit dieses Hauses ist bereit, diese neuen Lasten zu bewilligen, obwohl gar kein Gedanke an eine genügende finanzielle Bundesamterierung vorhanden ist.

Die Parteien gehen daran aufgrund der Richtigkeitsrechnung des Wehrgeschäftsführers unter Verleugnung der früheren prinzipiellen Grundsätze.

Die Verufen sich auf die Überschüsse des letzten Etats. Es hat sich jetzt herausgestellt, daß wir uns im Ernstfalle auf unsere Treibbündnisse nicht verlassen können.

Deshalb sollten wir dringend Veranlassung nehmen, unser Verhältnis zu ändern. Wir müssen, die uns möglich sein können, zu pflegen. Notwendig ist es, mit England in bessere Beziehungen zu treten.

Das ist entscheidend für die Entwicklung in Europa. Das günstige Verhältnis sollte allerdings nicht durch einen Austausch von Kolonialbesitz und Konzessionen am Persischen Golf geschaffen werden.

Angeht die großen Lasten für die Steuerzahler beantragen wir für die Mannschaften der Kavallerie und reitenden Artillerie eine zweijährige, für alle übrigen Mannschaften die einjährige Dienstzeit.

Im Falle der Ablehnung unserer Resolution stimmen wir für die Resolution der Freisinnigen auf Verkürzung der Dienstzeit entsprechend der besseren geistigen und körperlichen Ausbildung der Jugend.

Die Vorlagen sind nicht durch die tatsächlich gegebenen Verhältnisse begründet, deshalb lehnen wir sie ab.

Abg. Erzberger (Ztr.): Die sozialdemokratische Resolution lehnen wir ab, die freisinnige dagegen nehmen wir an, da diese Förderung unserer Prinzipien entspricht.

Wir stimmen den Vorlagen zu, die unser deutsches Volk und Vaterland die Zukunft als Großmacht sichern, dessen Stärke auch gleichzeitig den Frieden verbürgt.

Die großen Opfer bieten eine größere Friedensgarantie, und diese rechtfertigt die Zustimmung meiner Freunde. (Beifall.)

Abg. Hans Eder Herr zu Putz (Konf.): Es wäre nicht nötig gewesen, überhaupt das Wort zu ergreifen, wenn nicht die sozialdemokratische Resolution vorläge, die ankündigt, unser ganzes Heeresystem auf den Kopf zu stellen.

Dies lehnen wir natürlich ab. Auch für die freisinnige Resolution können wir nicht stimmen, da sie zu unbestimmt ist.

Auf der guten Schulung unseres Heeres, die allein auf einer längeren Dienstzeit gegründet ist, beruht unsere Stärke. Erhalten wir diese, dann können wir getrost in die Zukunft blicken.

Abg. Hoffmann (Nat.): Die Absicht des deutschen Volkes, angesichts der politischen Lage seine Wehrkraft zu verstärken, wird im Ausland ihren Eindruck nicht verfehlen.

Man kann nicht verstehen, daß in Frankreich Kräfte am Wirken sind, deren Bestreben Deutschland feindlich ist.

Alle großen Kulturländer suchen überseeische Interessensphären für den Bevölkerungszuwachs. Auch Deutschland darf nicht zurückbleiben.

Auch nach Durchführung dieser Vorlagen sind wir nicht in der Lage, alle wehrfähigen jungen Männer mit der Waffe auszubilden, 70 000 Mann bleiben übrig.

Die Ersatzreserve sollte durch kürzere Übungen ausgebildet werden, das wäre für den Kriegsfall sehr wichtig und könnte eine Erleichterung für die älteren Jahrgänge darstellen.

Die sozialdemokratische Resolution ist noch nicht durchführbar, namentlich hinsichtlich der Kavallerie.

Das Pferdmaterial für die Artillerie muß ergänzt werden. Zu begrüßen ist die energische Förderung des Militärlugwesens.

Wir stimmen der Stärkung unserer Wehrmacht zu; wir wollen in unserer Armee ein gewaltiges Nachmittel für die Aufrechterhaltung des Friedens und im Ernstfalle auch für den Krieg haben. (Beifall.)

Abg. Fiesching (Fortshr. Bpt.): Das Spielen mit dem Kriegsgedanken in Frankreich ist nicht ganz unbedenklich gewesen.

Wir stimmen deshalb der Vorlage zu. Dann aber begrüßen wir auch die technischen Fortschritte und die Förderung des Fliegerwesens.

Wir widerlegen uns aber der Forderung der Landwehrinspektoren. Wir hoffen, daß unsere Resolution möglichst bald durchgeführt werde, und erwarten, daß wir jetzt längere Zeit Ruhe vor Wehrvorlagen haben werden. (Zuruf bei den Soz.: Bis zum nächsten Jahr! Weiterkeit.)

Aber nicht nur eine starke Wehrmacht, auch gute Beziehungen zu den anderen Großmächten sind notwendig für uns, deshalb hoffen wir auf einen guten Fortgang und Abschluß der Verhandlungen mit England. Das wäre eine Wohltat für beide Länder.

Abg. Dr. Oegenheide (Bpt.): Wir stimmen den Vorlagen zu, sind aber gegen jede Verkürzung der Dienstzeit. Wir begrüßen insbesondere auch die Vermehrung des Offizierkorps, denn die Offiziere sind das Rückgrat unserer Armee. (Lachen links.) Gewiß, wir können überhaupt nicht genug Offiziere haben, denn sie führen unsere Soldaten ins Feuer und gehen ihnen stets als Vorbild voran. (Bravo! rechts, Lachen und Unruhe bei den Soz.)

Abg. Sasse (Voll.): Wir lehnen die Vorlage ab; denn wir sind hart genug, auch wenn wir von zwei Seiten angegriffen würden, den Angriff abzuwehren. Sache der Diplomatie ist es, Koalitionen gegen uns zu verhindern. Wir Polen werden als Staatsfeinde angesehen, wir werden von der Scholle vertrieben.

Wenn wir uns in einer Nachbarprovinz ansiedeln wollen, werden wir als Eindringler ins deutsche Gebiet abgewehrt. Einer Regierung, die hunderte von Millionen unter Bruch der Verfassung zu unserer Bekämpfung verlangt, (Präsident Dr. Koempel: Sie dürfen der Regierung nicht Bruch der Verfassung vorwerfen. — Zuruf bei den Polen: Ist es aber doch! — Große Unruhe) — würden wir, wenn es notwendig wäre, trotzdem die Soldaten bewilligen. Eine solche Notwendigkeit erkennen wir aber nicht an. (Beifall bei den Polen.)

Abg. Herzog (Wirtsch. Bg.): Der Auffassung, daß wir stark genug wären, um gegen zwei Fronten kämpfen zu können, können wir nicht beipflichten. Bewilligen wir möglichst schnell diese Vorlage; das wird vor dem Ausland nicht ohne Eindruck bleiben. (Beifall.)

Kriegsminister v. Deeringen: Die verschiedenen Resolutionen auf Verkürzung der Dienstzeit bitte ich abzulehnen. Wir müssen unbedingt ein gut ausgebildetes Heer haben. Es wäre kräftiger Leichtsinns, soviel persönliches Material im Frieden anzuhäufen, wenn wir im Kriegsfall ein Heer vor dem Feinde erleben würden. Eine Herabsetzung der Friedenspräsenzstärke können wir — solange die jetzigen politischen Verhältnisse in Deutschland

bestehen, nicht vornehmen. Wir bedürfen jeden Tag eines schlaf fertigen Heeres. Das wäre nicht möglich, wenn wir mit der einjährigen Dienstzeit zu rechnen hätten. Für die Ausbildung der Jugend tritt auch die Armeesoldaten ein, aber nur insofern, als eine Erleichterung der Ausbildung und nicht eine Verringerung der Dienstzeit dadurch angestrebt wird. Auch an einem gewissen Maß der Paardeausbildung müssen wir festhalten. Eine irrationale Ausbildung im Exerzieren ist nicht ganz zu entbehren; ein Minimum, wie es heute besteht, muß bestehen bleiben. Die überwiegende Mehrheit des Hauses ist mit uns der Überzeugung, daß eine Verstärkung des Heeres unbedingt notwendig ist. Wir glauben auf dem richtigen Wege gewesen zu sein. Diese Einigkeit zwischen Reichstag und Regierung hat eine besondere nationale Bedeutung für das Wohl unseres Vaterlandes; das möchte ich für mein Teil hiermit feststellen. (Beifalliges Bravo!)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Polen und eines Mitgliedes des Zentrums angenommen.

Abg. Ledebour (Soz.): Ich protestiere gegen dieses Verfahren, nach den Worten des Kriegsministers die Debatte zu schließen, ohne daß es uns möglich gewesen wäre, Kritik an seinen Worten zu üben.

Abg. Gausler (Ztr.): Ich bedaure, daß auf diese Weise mir das Wort abgeschnitten ist. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Vorlagen wurden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Polen in getrennten Abstimmungen (Abg. Gausler (Soz.) hatte gegen die en bloc-Akzeptanz Einspruch erhoben) angenommen. (Bravo!)

Die Resolution der Sozialdemokraten wurde abgelehnt, die der Freisinnigen angenommen.

Damit war die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung heute nachmittags 4 Uhr: Heeresetat (mit Aufschluß der Duellfrage).

Schluß 3 Uhr 37 Minuten.

Zweite Sitzung vom 10. Mai 1912.

Am Bundesrätische Kriegsminister v. Deeringen.

Präsident Dr. Koempel eröffnete die Sitzung um 4 Uhr 5 Min.

Auf der Tagesordnung stand die zweite Beratung des Militäretats.

Abg. Ströhlen (Soz.): Es ist mit Gewißheit anzunehmen, daß die Ausgaben in den nächsten Jahren für das Heer sich weiter gewaltig steigern werden.

Deshalb sollte auf allen Gebieten möglichst gespart werden. Am meisten zu verwerfen ist die durch die Bezirkskommandos getriebene Gefinnungsschnitzerei.

Gegen Sozialdemokraten und Polen werden in den Kriegervereinen und bei sonstigen Gelegenheiten die hochnotpeinlichsten Verfahren eingeleitet.

Im Falle des Generalrates Czerny ist dieser Herr wegen seines Wahlartikels „Front gegen rechts“ indirekt genötigt worden, seinen Abschied zu nehmen.

Viele andere Reserveoffiziere wurden gemahregelt wegen ihrer Aufforderung, in der Stichwahl sozialdemokratisch zu wählen.

Die Offiziere sollten nicht als unmündige Kinder behandelt werden. Auch Reichstagsabgeordnete sollen gefragt sein, ob sie für Scheibemann oder Vebel als Präsidium gestimmt hätten.

Die militärische Kirchendemonstration in der Luisenkirche in Charlottenburg zeigt, daß man auf das zwangsweise Zur-Rückge-Führen der Soldaten verzichten sollte.

Dann könnte man die Militärgesellschaft und die Garnisonstrafen sparen. In Potsdam befindet sich eine ganze Kolonne von Prinzen.

Weshalb kommen die nicht auch einmal nach Stalupönen, um das Leben an der Grenze kennen zu lernen. Das reitende Jägerkorps sollte getrennt werden. Ebenso müßte das Offiziersbürgertum wesen geändert werden.

Die Arreststrafen in dunklen Zellen sind eine mittelalterliche Tortur. Die gar zu harten drakonischen Strafen im Militärgerichtsweisen müßten auch beseitigt werden.

Wir sehen in dem Heer eine Gefahr für den Frieden, wie es der Bergarbeiterstreik gezeigt hat, wir sehen darin eine Gefahr für das Volk, namentlich hinsichtlich seiner finanziellen Belastung; deshalb lehnen wir den Militäretat ab.

Abg. Gothein (Fortshr. Bpt.): Bei der Bewilligung von Reiseflohen sollte sparsamer vorgegangen werden; ebenso könnte bei den Verlegungen viel Geld gespart werden.

Es liegt kein Grund vor, den Kommandierenden Generalen die Rationen für die Weitzpferde zu geben, die sie nicht halten, zumal ihnen jetzt die Automobile zur Verfügung stehen.

Auch bei den Musikern kann viel erspart werden. Ganz ungeschickt ist es, einen Reserveoffiziersaspiranten von der Wahl zurückzuweisen, nur weil er Jude ist.

In Straßburg wurde ein Herr zurückgewiesen, obgleich er von seinem Regiment zur Wahl vorgeschlagen wurde.

Zum wenigsten sollten einem solchen Aspiranten die Gründe mitgeteilt werden, damit er sich eventuell gegen die unrichtigen Anschuldigungen verteidigen kann. Das verlangt die Ehre des deutschen Volkes.

Kriegsminister v. Deeringen: Auf alle Einzelfälle kann ich jetzt nicht eingehen. Die Zugehörigkeit der Reserveoffiziere zu den Kriegervereinen, die keine politische Agitation treiben (Lachen links), ist durchaus berechtigt. (Bravo! rechts.) Der Fall einer Beurteilung eines Offiziers wegen seiner Zugehörigkeit zu einem national-politischen Verein erledigt sich dadurch, daß das Urteil nicht bekräftigt wurde. Eine Kontrolle des Bezirkskommandos über Nichtteilnahme an dem Kaiser Geburtstag ist unzulässig.

Das Regieren seitens der Reserveoffiziere für die Sozialdemokratie kann nicht zugelassen werden; unsere Armee ist eine nationale Einrichtung, beide Dinge lassen sich nicht vereinigen. (Sehr richtig! rechts.) Niemand, der es treu meint, kann dagegen etwas einwenden. (Widerpruch links, große Unruhe.) Über den Fall Czerny habe ich hier schon einmal gesprochen. Ihm ist in keiner Weise nahegelegt worden, sich pensionieren zu lassen. Wenn aber ein Sanitätsoffizier von der Bedeutung des Professors Czerny einen Artikel schreibt, an dem in der Öffentlichkeit und gerade in den unteren Kreisen Anstoß genommen wird, dann ist es natürlich, daß sein Vorgesetzter hier etwas tut. Dieser hat ihn höflich, demüßigt nach Berlin zu kommen, um mit ihm über den Artikel zu sprechen. Czerny tat dies nicht, sondern reichte sein Abschiedsgesuch ein mit der Motivierung, daß er schon seit Jahren seine leitende Stellung aufgegeben habe und über 70 Jahre alt sei. Die Kriegervereine unterziehen nicht dem Kriegsminister, sondern dem preussischen Minister des Innern. Soviel aber kann ich sagen, daß sie nach ihren Statuten in keiner Beziehung sich politisch betätigen dürfen. (Lachen und Widerpruch links.) Was den Fall in der Luisenkirche in Charlottenburg betrifft, so gehören derartige politische Vorträge nicht auf die Kanzel. (Sehr richtig! rechts, Widerpruch links.) Die Frage, ob die Offiziere, die die Mannschaften aus der Kirche führten, strafbar sind, unterliegt zur Zeit noch der Verhandlung vor dem Militärgericht; ich bin daher nicht in der Lage, mich näher über den Fall auszusprechen. Berabschiedet wird nur derjenige Offizier, der für eine höhere Stelle nicht geeignet ist. Verlegungen von Offizieren schränken wir nach Möglichkeit ein. Reiseflohen für Intendanturräte sind nötig, weil sie sich oft an Ort und Stelle von dem Stand der Dinge überzeugen müssen. Überanstrengungen auf Märchen kommen höchst selten vor. Gerade die Sorge für die Unterbreitung ist das beste Kennzeichen für den guten Vorgesetzten. Der Fall in Straßburg, wo ein Offiziersaspirant nicht zur Wahl gestellt wurde, lag nicht in, daß der Herr abgewiesen wurde, weil er Jude war, sondern — Sie mögen mich, es zu sagen — weil die Schwester des Vaters aus Frankreich ausgewiesen war und sich weder dort noch später in Straßburg der allgemeinen Achtung erfreute.

Deutsches Reich.

Die Reichstagswahl in Barel-Jever.

Das amtliche Wahlergebnis in Barel-Jever ist folgendes: Dr. Wiemer (Fortshr. Bpt.) 15 954 Stimmen, Hug (Soz.) 13 561 Stimmen, unglücklich 46. Es sind rund 9000 Nichtwähler vorhanden. Das Wollfische Telegramm über das Festhalten der Nationalliberalen am alten Beschluß war unzutreffend; es keine keine erneute Vertrauensmännerversammlung stattgefunden.

Ueber den Ausgang der Wahl schreibt die Fr. Ztg.:

„Der Sieg der Fortschrittlichen Volkspartei erklärt sich in erster Linie durch die Heranziehung eigener Reserven, die nach der Hauptwahl noch reichlich vorhanden waren und die wohl im weiteren Verlaufe des Wahlkampfes Interesse am Ausgang genommen zu haben scheinen. Die Erwartung, aus Barel-Jever den 111. Sozialdemokraten in den Reichstag einzulassen zu sehen, ist also getäuscht worden. Die Enttäuschung hierüber wird bei den Sozialdemokraten selbst wahrscheinlich geringer sein, als bei ihren beidseitigen Protektoren innerhalb der Rechten. Von dieser Seite ist alles geschehen, den Sozialdemokraten den Sieg zu schenken. Ihr ganzer Haß richtete sich auf die Volkspartei und ihr ganzer Kampf war dahin konzentriert, Wiener eine Niederlage beizubringen. In geradezu erbärmlicher Weise haben „Kreuz-Ztg.“ und „Reichsbote“ Hand in Hand für Hug Stimmung gemacht und diese Organe der „Staatsverwaltung“ haben immer und immer wieder mit schmatzenden Lippen die Vorrede eines sozialdemokratischen Sieges getoset. In ihm hämische Gedächter hat sich nun der verdiente Preis für den schlag dieses Wahlausganges; vielleicht kommt ihnen dabei die ganze Würbellosigkeit ihrer Diktura beschämend zum Bewußtsein! — In Dr. Wiemer gewinnt der Reichstag ein kluges und begabtes Mitglied; die Fortschrittliche Volkspartei im besonderen erhält einen bewährten Vorposten zurück.“

Eisenbahnprojekte in Baden.

Karlsruhe, 10. Mai. Die Budgetkommission der Zweiten Kammer genehmigte 4 651 000 Mark für die Errichtung einer neuen Eisenbahnwerkstätte in Schwellingen; die jetzigen Werkstätten in Heidelberg und Mannheim werden aufgehoben und in dieser neuen Werkstätte vereinigt. Zum Geländeerwerb gibt die Gemeinde Schwellingen 25 000 bis 30 000 Mark Zuschuß. Die Erbauung einer Bahn von Titisee nach St. Blasien wurde, gemäß dem Regierungsvorschlag über Schluchsee, genehmigt. Die Kosten sind mit 9,00 Millionen Mark veranschlagt. Zunächst soll die Teilstrecke Titisee-Schluchsee in Angriff genommen werden. Die Station mehrerer Gemeinden, die Linie nicht über Schluchsee zu führen, und demgemäß die Bahn vorerst nur bis Aha zu bauen, wurde abgelehnt.

Dr. Roth verzichtet auf Zittau.

Dresden, 10. Mai. Bürgermeister Dr. Roth hat jetzt den städtischen Behörden in Zittau offiziell mitgeteilt, daß er auf die Oberbürgermeisterstelle verzichtet. Die Beipredung des Falles Roth in der Zweiten Kammer wird durch den Verzicht nicht überflüssig. Sie wird voraussichtlich bei dem Staatskapitel der Reichshauptmannschaften von der Fortschrittlichen Volkspartei erfolgen.

Aus der Arbeiterbewegung.

Duisburg, 10. Mai. Wie der Duisburger Arbeiter Zeitung gemeldet wird, ist gestern in einer Versammlung des deutschen Transportarbeiterverbandes für Montag der Generalstreik beschlossen worden. Es sollen das Personal der sächsischen und der holländischen Niederrei, sowie das der einzelnen Boots- und Schiffsbesitzer die Arbeit niederlegen. Ferner beabsichtigen angeblich die Hafenarbeiter, die Krahnmaschinisten und die Werftarbeiter an allen Hafenplätzen am Montag die Arbeit niederzulegen.

Hamburg, 10. April. Wie die „Hamburger Nachrichten“ melden, ist der Ausstand auf der Vulkanwerft beigelegt. Die Arbeiter werden die Arbeit am Montag wieder aufnehmen, ohne daß der entlassene Arbeiter, um dessentwillen der Ausstand auf der Werft ausgebrochen ist, wieder eingestellt wird.

München, 10. Mai. In der Kammer erhält der Minister des Innern, daß das Defizit der laufenden Budgetperiode jetzt schon 3 1/2 Mill. M betrage und sich auf 4 1/2 Millionen erhöhen werde, wenn der Lotterievertrag mit Preußen abgelehnt würde.

Leipzig, 10. Mai. Bei Ausschachtungsarbeiten an der Bitterfelder Eisenbahn wurde ein Massengrab gefunden, das Gebeine von sieben Kriegeren enthielt. Besonders gut erhalten ist ein Skelet, eine Rebalste in einem Guß und mehrere Knöpfe, die die Nummer 14 tragen, wahrscheinlich eine Regimentsnummer. Die Überreste werden eingelagert und auf dem Leipziger Friedhof beigesetzt werden.

Ausland.

Der italienisch-türkische Krieg.

Rom, 10. Mai. Die „Agenzia Stefani“ verbreitet folgende Note: Eine Berliner Zeitung veröffentlichte Enthüllungen eines polnischen Mitarbeiters der „Süddeutschen Monatshefte“, gezeichnet Spectator Germania, nach dem Italien mit England ein geheimes Abkommen zur Befestigung von Rhodos und anderen Inseln im Ägäischen Meer abschloß, während es infolge dieses Abkommens auf ein weiteres Vorgehen gegen die Dardanellen verzichtete. Die angeblichen Enthüllungen sind reine Phantasie.



Rosenhagen, 10. Mai. Auf dem Dampfer „Suore“ von Eder bei Harbanger mit Düngemitteln nach Steint unterwegs, heute nachmittags 2 Uhr vor Kasse eine Explosion erfolgte. 2 Mann, darunter der Kapitän, ertranken, 3 wurden verletzt und nach Rosenhagen gebracht.

Haag, 10. Mai. Der Marineminister Boutholt hat um seine Entlassung nachgedacht.

Württemberg.

Dienstnachrichten.

Übertragen: Die evangelische Pfarrei Grumbach, Dekanat Schöndorf, dem Pfarer Daur in Dedensprom, Dekanat Calw, dem Oberprovisor Haug an dem Gymnasium in Hall eine Professur für die Realprognostik in Stuttgart, dem Oberprovisor Dr. Gader an dem Realprognostikum in Kalen eine Professur für die evangelisch-theologische Seminar in Maulbronn und dem Oberlehrer Schärer an der Elementarschule in Gillingen eine Lehrerstelle am Gymnasium daselbst.

Württembergischer Landtag.

Stuttgart, 10. Mai. Die Zweite Kammer setzte heute die Beratung des Gesetzesentwurfes über die Dienstverhältnisse der Oberamtsärzte bei Art. 8 fort, der die Verteilung der Kosten zwischen Staat und Gemeinde regelt. Nach dem Artikel werden die Gehälter der Oberamtsärzte aus der Staatskasse bezahlt. Die Gemeinden sind jedoch verpflichtet, für jedes durch den staatlichen Schularzt einer Besichtigung oder Untersuchung unterzogene Kind und für jede öffentliche Einrichtung eine durch Verordnung festzusetzende Gebühr an die Staatskasse zu entrichten. Berichterstatter Gauß (Sp.) stellte dem Ausschusse den Antrag, einzuschalten, daß von den Gemeinden für jedes der Aufsicht des Schularztes unterstehende Kind jährlich 20 Pfg., für jede Impfung 10 Pfg. an die Staatskasse zu entrichten seien. Minister v. Bischoff wandte sich gegen diesen Antrag. Die Regierung hat vielmehr für Kind und Jahr 40 Pfg. für eine Impfung außerdem 80 Pfg. in Aussicht genommen. Der Abg. Ströbel (Sp.) stellte den Antrag, die Kosten für die Besichtigung und Untersuchung der Kinder auf die Staatskasse zu übernehmen. Nach längerer Debatte wurde dieser Antrag mit 48 gegen 30 Stimmen bei 1 Enthaltung (Hülberger) angenommen, obgleich der Minister erklärt hatte, daß die Aufwendungen für das Zustandekommen des Gesetzes gering seien, wenn der Staat diese Gebühren für den Schularzt zu übernehmen hat. In einfacher Abstimmung wird dem Entwurf ein Gesetzentwurf Bantleon und Gen., der als Ergänzung zum Entwurf Ströbel zu gelten hat, angenommen, wonach die Gemeinden für jede Impfung 60 Pfg. an die Staatskasse zu entrichten haben. Ein Antrag Löbner und Rägele: über die Mitwirkung der Lehrer und Lehrerinnen sowie der Hochlehrer und Fachlehrerinnen bei den schulfachlichen Untersuchungen wird durch Verordnung des Ministers bestimmt, welche derartige Mitwirkung in der Erwartung, daß die in ihm ausgesprochenen Wünsche Berücksichtigung finden. Der übrige Teil des Entwurfs wird mit unwesentlichen Veränderungen genehmigt. Abg. Gauß (Sp.) sprach sich in der Debatte über die fortwährend steigende Belastung der Gemeinden durch die neue Gesetzgebung aus. Art. 9 wird in der Fassung des Entwurfs ohne Debatte angenommen, ebenso Art. 10 nach dem Antrag der Kommission, Art. 11 bleibt unverändert. Abg. v. Gauß (Sp.) berichtet noch über die Kommissionsverhandlungen über Art. 11, worauf die Sitzung um 1 1/2 Uhr abgebrochen wird. Nächste Sitzung morgen nachmittags 9 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Beratung und 2. Beratung des Entwurfs betr. die Ober- und Jugendbeschäftigung.

Die Verhältniswahl für die Zweite Kammer.

Den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Einführung der Verhältniswahl in Württemberg hatte die Geschäfts-Tage mit der Bemerkung begleitet, daß der Antrag lebhafteste Debatten entfesseln werde. Sie rechnen damit, daß er bei allen oder bei dem Groß der bürgerlichen Parteien auf Widerstand stoßen werde.

Zu diesem Antrag, der eine Änderung der Verfassung in sich schließt, bemerkt der „Beobachter“:

Die Sozialdemokratie hat das Bedürfnis, die Wahlordnung mit einem Antrag auf die Änderung unserer Verfassung einzuleiten. Die Oberamtswahlen sind der Sozialdemokratie ein Dorn im Auge. Die Gewählten sollen möglichst losgerissen werden von den Besitzinteressen und den Hezelschwärzen. Denn die Sozialdemokratie fürchtet, daß auch sozialdemokratische Abgeordnete dem Gewicht dieser Interessen mitunter mehr gehorchen als dem Parteibefehl. So genügen die 4 wahlberechtigenden Proporzstellen für die 17 Abgeordneten der 4 Kreise und der 6 von Stuttgart-Stadt nicht. Wie aber die Erziehung der Proporzstellen durch die Proporzwahl vorzunehmen ist, sagt der Antrag nicht. Das überläßt die Sozialdemokratie ganz und gar der Regierung. Wie diese aber das Land einrichten würde, wenn mit der Zeit die „Kreise“ fallen, ist der Sozialdemokratie scheinbar gleichgültig. Sie macht es sich sehr leicht mit ihrem Antrag, indem sie sagt: „Wir möchten aber das allgemeine Proporzverfahren; alles andere überlassen wir dir, Regierung“. Diese wird gerührt sein über das große Vertrauen, das ihr plötzlich die Sozialdemokratie entgegenbringt. In der Zweiten Kammer aber wird man nun all die Reden wieder hören können, die feinerzeit für und wider die Einführung des allgemeinen Proporzverfahrens gehalten worden sind, was u. a. nachzulesen ist im Protokollbuch 5 vom Jahre 1906 S. 3059 und die folgenden. Wenn nun aber die Sozialdemokratie nach einem 6-jährigen Bestand der neuen Verfassung wieder eine Änderung vornehmen möchte, warum beschränkt sie sich auf die eine Wahlrechtsfrage und läßt z. B. die Erste Kammer völlig unangefochten?

Und der „Schwäbische Merkur“ schreibt zu dem sozialdemokratischen Antrag:

Der Antrag der Sozialdemokratie ist nichts Neues. Er ist schon im Jahre 1906 an den Antrag an, den bei der letzten Verfassungsrevision der Abg. Keil in der Zweiten Kammer stellte. Der damalige Antrag wurde schon in der Kommission mit allen gegen die sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt und das Schicksal hatte er am 24. Januar 1908 in der Zweiten Kammer. Im Namen der Kommission stellte damals der Berichterstatter Hieber wirtungsvoll alle die Gründe zusammen, wegen dieser vollständigen Änderung der bisherigen Wahlordnung sprechen. Auch der Minister des Innern wandte sich ausdrücklich gegen den sozialdemokratischen Antrag, dem er in sachlicher Weise den Vorschlag gegenüberstellte, lieber die Abgeordneten gleich lebenslanglich zu wählen. Seit dem Jahr 1906 haben sich die Verhältnisse nicht in der Weise geändert, daß die Sozialdemokratie mit einem Erfolg ihrer Aktion rechnen könnte. Die Bedenken gegen ihren Antrag bestehen in demselben Maß fort und das Bedürfnis der Sozialdemokratie nach einem Agitationslokal für die Wahlen ist noch kein maßgebendes Grund dafür, schon wieder eine Änderung der Verfassung herbeizuführen.

Darum dürfte der Antrag keine große Aussicht auf Berücksichtigung haben.

Stuttgart, 10. Mai. Die Gemeindefolgen haben in ihrer getrigen nichtöffentlichen Sitzung auf den Vortrag von Oberbürgermeister Lautenschlager einstimmig beschlossen, hier im Jahr 1914 eine Ausstellung für Gesundheitspflege zu veranstalten und zur Vorbereit-

ung und Leitung den Dr. med. Ingelsinger in Dresden, den Schöpfer der populären Abteilung „Der Mensch“ der Dresdener Hygieneausstellung, zu berufen.

Stuttgart, 10. Mai. Der Bedarf der Eisenbahnverwaltung an jüngeren Bautechnikern, die die 4. oder evtl. die 3. Klasse der Baugewerkschule besucht haben ist, laut Staatsanzeiger, noch nicht völlig gedeckt. Die Besuche um Verwendung sind unter Anschluß sämtlicher Zeugnisse aus Schule und Praxis bei der Generaldirektion der Staatseisenbahnen einzureichen.

Naß und Fern.

Erdbeben.

Stuttgart, 10. Mai. Die Hohenheimer Erdbebenvorwarnung verzeichnete heute Nacht einen mittelstarken Erdstoß, der aus der Eßlinger Gegend zu stammen scheint. Der erste Anschlag der Instrumente erfolgte um 12 Uhr 4 Minuten 17 Sekunden, der Maximalausschlag sechs Sekunden später.

Jünnsbrud, 10. Mai. Hier und in anderen Orten Tirols wurde heute Nacht 12 1/2 Uhr ein starkes Erdbeben mit Donnerrollen verspürt. Die Richtung ging von Süden nach Norden. Das Beben dauerte 10 Sekunden.

Verhaftung.

In Pforzheim wurde der verheiratete Eugen Albert Wiedmann aus Schwäbisch Gmünd verhaftet. Er war im Besitz von 31 halbfertigen silbernen Kaffeelöffeln und einem silbernen Stockgriff etc., die wahrscheinlich von einem Diebstahl herrühren.

Mädchenhändler.

Zwei Mädchenhändler entführten im Auto auf der nach St. Ingbert führenden Chaussee ein sechzehnjähriges Mädchen namens Schleidt aus Rohrbach. Nachdem die beiden Händler mit freundlichen Worten das Mädchen nicht zu überreden vermochten, wandten sie Gewalt an.

Luftschiffahrt.

Friedrichshafen, 10. Mai. Als vor einigen Tagen das Drachenschiff Gna einen 50 Kubikmeter haltenden Fesselballon mit meteorologischen Instrumenten hochließ, um die täglichen atmosphärischen Messungen vorzunehmen, riß der Draht und der Ballon entwand. Aus Verona ist nun hier die Nachricht eingetroffen, daß in Valle di Castagnone die Hülle des Ballons aufgefunden wurde. Man erkannte ihn dort an der Aufschrift Friedrichshafen und befürchtete zuerst, daß es sich um einen bemannten Ballon handle, dessen Insassen verunglückt seien, bis der benachrichtigte Chef der hiesigen Drachensstation, Dr. Kleinjohann, den Irrtum aufklärte.

Gerichtsaal.

Reichsgericht und Submissionswesen.

Zur Selbsthilfe des soliden Handwerks gegen die Auswüchse des Submissionswesens hat das Reichsgericht in einem bemerkenswerten Urteil Stellung genommen, dem folgender Tatbestand zu Grunde lag: Um unrette und schädliche Unterbietungen bei Submissionen zu verhindern, hatten sich die Bauunternehmer der Stadt B. gegenseitig verpflichtet, Offerten zu städtischen Submissionen nur in einer — zwischen ihnen von Fall zu Fall zu vereinbarenden Mindesthöhe abzugeben. Jeder, dem Arbeiten übertragen wurden, sollte für die unberücksichtigt gebliebenen 5 Prozent der Schlusssummen zu Händen eines der Beteiligten zahlen. Auch wurde dem Teilnehmer die Pflicht zur Geheimhaltung dieser Vereinbarung auferlegt. Als Sichertheit für die Einhaltung dieser Verpflichtungen hatte jeder der beteiligten Bauunternehmer einen eigenen Sichtwechsel über 5000 M zu hinterlegen, der im Uebertretungsfall nach Majoritätsbeschluss begeben werden durfte. Einer der beteiligten Bauunternehmer, dem Arbeiten übertragen worden waren, verweigerte mit der Begründung, die Vereinbarung verstoße wider die guten Sitten (§ 138 B.G.B.) die Bezahlung der 5 Proz. an die unberücksichtigt gebliebenen. In deren Auftrag erhob der Kläger gegen den sich Weigernden Klage im Wechselprozeß auf Bezahlung von 5000 M mit Zinsen und Wechselkosten. Das Reichsgericht bestätigte das den Beklagten verurteilende Erkenntnis des Oberlandesgerichts u. a. aus folgenden Gründen: „Seitdem es im Staat und Gemeinde üblich geworden ist, Arbeiten auf Grund öffentlicher Ausschreibungen an den Mindestfordernden zu vergeben, bildet die dadurch entsetzte schrankenlose Konkurrenz durch unrette Unterbietungen eine schwere Gefahr für den Handwerkerstand. Vereinbarungen von Unternehmern, welche bezwecken, die Gefahr zu bekämpfen und angemessene Preise aufrechterhalten, sind grundsätzlich als zulässig anzusehen. Sie sind so wenig gegen die guten Sitten, daß sie vom Standpunkte einer gesunden Wirtschaftspolitik im Gegenteil Billigung verdienen. Natürlich ist damit nicht gesagt, daß schon um dieses Ziel willen jede beliebige Abmachung vor einer Beantragung aus § 138 B.G.B. geschützt wäre. Die Prüfung des Einzelfalles bleibt maßgebend. Im vorliegenden Falle ist aber nicht erkennbar, was als fittlich anständig erachtet werden könnte. Die Festsetzung von Mindestgeboten mit der Abrede, daß die übrigen Teilnehmer das Mindestgebot überbieten müssen, gehört zu dem selbstverständlichen Inhalt solcher Vereinbarungen. Auch die Geheimhaltung ist selbstverständlich und auch durch sie werden keine berechtigten Interessen verletzt. Die Behörde, die einen Wettbewerb veranstaltet, hat keinen Anspruch darauf, Geschäftsgeheimnisse der Unternehmer oder die für die Stellung der Offerten bestimmten Umstände zu erfahren. Es bleibt ihr überlassen, die Offerten auf ihre Angemessenheit zu prüfen. Auf eine Täuschung ist es dabei nicht notwendig abgesehen, und wenn wirklich einmal ein Beamter durch solche Geheimabreden irregeführt werden sollte, so hat er es seiner eigenen schuldhaften Unkenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse zuzuschreiben.“

Ellwangen, 10. Mai. Das Schwurgericht verurteilte den 26 Jahre alten Goldarbeiter Johann Jakob Appenzeller in Gmünd wegen Körperverletzung mit nachgefolgtem Tode zu 5 Monaten Gefängnis, abzüglich 2 Monate Untersuchungshaft. Der Angeklagte, der arbeitsfähig und an ein gutes Leben gewöhnt ist, nötigte seine Mutter, die 62 Jahre alte Spezereihändlerin Eva Appenzeller durch Streit und Drohungen schon seit Jahren, ihm Geld auszufolgen. Am 1. März abends 9 Uhr gab es wieder Streit. Die Polizei wollte den Angeklagten auf die Wache abführen, wozu dieser seine Strahenschuhe benötigte. Die Mutter holte sie im zweiten Stock und blieb sehr lange. Nun ging der Angeklagte hinauf und soll auf der Treppe der Frau mit einem der Schuhe einen Schlag auf die Stirne versetzt haben. Durch Bluteintritt in das Gehirn starb die Frau nach wenigen Stunden. Dies wurde durch die Sektion festgestellt.

Geislingen a. St., 10. Mai. Mit einem interessanten Fall von Haftpflicht aus dem Schulbetrieb hatte sich die Stadt Geislingen zu beschäftigen. Ein Schüler des Realgymnasiums erlitt nach Beendigung der Turnstunde, als er seine Bücher im Schulkloset zum Helmgeben holen wollte, dadurch eine Verletzung des Fingers, daß ein aufgeschlossener Schulklosetdeckel zuviel und den Finger des Schülers einlenkte. Es wurde festgestellt, daß der Fall nicht von selbst zufällt, sondern daß hierzu eine Einwirkung äußerer Gewalt nötig ist. Hierdurch war ein Verschulden der Stadt ausgeschlossen und der Vater des Schülers mußte mit seinem erhobenen Schadenersatzanspruch abgemessen werden.

Leipzig, 10. Mai. Vor dem Reichsgericht begann heute der Spionageprozeß gegen den Kupferschmelzer Gollert-Hamburg, der beschuldigt ist, im Juni 1911 auf der Welt vom Blohm u. Ross den Plan eines zu bauenden Kreuzers entworfen und versucht zu haben, den Plan durch Vermittlung des Hutmakers Lindinger an eine fremde Macht zu verkaufen. Acht Zeugen und zwei Sachverständige sind geladen.

Der Zeuge ohne Kragen.

Das Vergnügen eines Jenenser Gastwirts bestand darin, sich zwar gut zu kleiden, aber niemals einen Kragen anzulegen. Wo er auch erschien, sah man ihn ohne Kragen, mochte es bei Festlichkeiten in seiner Wirtschaft bei Einkäufen in der Stadt, bei Ausflügen in die Umgebung oder bei sonstigen Gelegenheiten sein. Und als der Kragenfeind vor dem Schöffengericht als Zeuge erscheinen mußte, trat er auch dort ohne Kragen an. Der Gerichtshof war aber anderer Ansicht. Es wies den Zeugen zunächst darauf hin, daß ein Eid eine feierliche Handlung sei, und daß derjenige, der einen Eid zu leisten habe, dies in einem entsprechenden Gewände tun müsse. Dazu gehöre auch ein Kragen. Bei dieser Belehrung ließ es das Gericht aber nicht bewenden, sondern nahm den Zeugen außerdem noch in eine Ordnungsstrafe von 3 Mark wegen Ungehörigkeit vor Gericht.

Handel und Volkswirtschaft.

Finanzieller Wochenrückblick.

Das Geschäft an den deutschen Börsenplätzen entbehrte auch in der letzten Woche nicht einer festen Grundtendenz, gestaltete sich aber ziemlich ruhig. Die Spekulation ist zwar immer noch von der weiteren Entwicklungsfähigkeit unserer Hochkonjunktur überzeugt und findet bei ihren Bestrebungen zahlreiche Anhänger in den Kreisen des Privatpublikums, die die Hausbewegung durch Kaufaufträge unterstützen, aber es gab doch auch wieder bereits Realisierungen, namentlich in den am meisten gestiegenen Papieren, sodah die Kurse nur zum Teil weiter anzogen und zum Teil ihren höchsten Stand von der vorigen Woche nicht einmal behaupten konnten. Die politische Lage wird, obgleich sie mancherlei beunruhigende Momente aufweist, kaum beachtet, aber die Höhe der Geldsätze kommt durch Verkäufe in deutschen Fonds zum Ausdruck, die augenscheinlich nur zum Zweck billigerer Geldbeschaffung gemacht werden. Nachstehend die wichtigsten Kursveränderungen: Reichsanleihe min. 0,10 bis 0,20, Consols min. 0,20, Oesterreichische Kredit plus 0,10, Reichsbank plus 0,30, Diskonto Commandit und Nationalbank plus 1, Deutsche Bank plus 1,50, Bodum, Laura und Harpen minus 2 1/2, Lombard min. 3, Deutsch-Burg plus 1,50, Donnersmarkt plus 2, Rheinbahn plus 3, Böhmer minus 5,50, Canada plus 1,10, Otavi plus 0,60, Dagep plus 1, Gambia plus 2,50, Nordd. Lloyd plus 3,50, Siemens und Halske minus 1,30, Deutsche Wappen min. 6,90, Köln Rottweil plus 10,30, Walle plus 0,40, Zahn plus 1, Sinner min. 8.

Die in ganz Deutschland niedergegangenen warmen Regenfälle haben zweifellos den Saatenstand erheblich verbessert. Auch die Wiedereröffnung der Dardanellen und bessere Berichte aus den Vereinigten Staaten haben der Getreidespekulation einen Strich durch die Rechnung gemacht. Die Berliner Börse reagierte darauf mit einem Rückgang der Weizenpreise bis um 4 M und der Roggenpreise bis um 2 1/2 M gegen die vorige Woche, während Newyork durchschnittlich hoch behauptete Terminpreise aufwies.

Der Kaffeemarkt war am Anfang der Berichtswache wieder schwächer, besonders in Havre, weniger aber in Hamburg und in Newyork, wo schließlich Deckungskäufe auftraten, da man auf eine günstigere Statistik rechnete. In Hamburg blieb die Beförderung auf 1/2 bis 1/4 Pfennig beschränkt, in Newyork machte sie 14—18 Punkte aus.

Auch der Zuckermarkt hat sich wieder etwas befestigt, doch ging die Beförderung bald wieder verloren, als ausgiebige Regenfälle in den Produktionsgebieten gemeldet wurden. In Magdeburg waren die Preise nach anfangs erheblicher Ertrümmung schließlich ungefähr behauptet, zeigten aber für Koenigsauer und Terminware eine rückläufige Tendenz, die wohl erst in der neuen Woche zum Ausdruck kommen wird.

Auf dem Baumwollmarkt hält der Optimismus der Spekulation immer noch an, weil vom Mississippi neuerdings schlechte Nachrichten kommen und zweifellos mit einer Verpätung der Ernte um 2—3 Wochen zu rechnen ist. Nach anfänglichen Rückgängen auf Realisierungen schloffen die Liverpooler Terminpreise noch um 6—8 Punkte höher. Das Geschäft auf dem Garn- und Fädelmarkt ist andauernd befriedigend.

Sozial.

Wildbad, 13. Mai 1912.

* Die Eröffnungsrundfahrt der Auto-Linie Neuenbürg-Herrenalb-Dobel-Wildbad-Leinach-Calm-Viebingen wurde gestern bei prächtigem Frühlingswetter programmgemäß durchgeführt. Wir werden morgen ausführlich darüber berichten.

* Der gestrige Sonntag war ein Maientag in des Wortes schönster Bedeutung. In fast sommerlicher Wärme strahlte Frau Sonne vom wolkenlosen Himmel, und unser alter Schwarzwald präsentierte sich im herrlichsten Frühlingskleid, ein wahres Blütenmeer durchflutet ihn jetzt. Ueberall sah man aber auch Scharen frohgestimmter Ausflügler, die den engen vier Wänden entronnen waren, um sich in frischer fröhlicher Wanderung der herrlichen Natur zu erfreuen.

* Porto im Ortsverkehr. Nach den postalischen Bestimmungen kostet im Ortsverkehr ein Brief bis zum Gewicht von 250 Gramm nur 5 Pfennig, eine Drucksachen-Sendung im gleichen Gewicht aber 10 Pfennig, denn Drucksachen kosten bis 50 Gramm 3 Pf., von 50-100 Gramm 5 Pf. und von 100-250 Gramm 10 Pf. Bei ungenügend frankierten Briefsendungen wird von der Post die Gebühr für unfrankierte Sendungen abzüglich des Betrages

der verwendeten Marken erhoben; bei ungenügend frankierten Drucksachen-Sendungen wird das Doppelte des Fehlbetrages unter Abrechnung auf eine durch 5 teilbare Pfennigsumme aufwärts erhoben. Darum beträgt das Straporto für eine mit nur 3 Pf. frankierte Drucksachen-Sendung im Gewicht von 120 Gramm im Ortsverkehr 15 Pf., während bei einer unfrankierten Briefsendung in diesem Gewicht nur 5 Pf. als Straporto erhoben werden. Darum ist bei Drucksachen-Sendungen auf Innehaltung der Gewichtsgrenzen besonders zu achten und es darf nicht übersehen werden, daß im Ortsverkehr Drucksachen-Sendungen im Gewicht von über 100 Gramm billiger in Briefform als unter Streifband zu versenden sind.

* Obstereausichten für Württemberg. Der Verlauf der Obstblüte ist augenblicklich sehr günstig, was vom Frost verschont wurde, entwickelt sich gut. Mit einer Steinobstblüte ist leider nicht mehr zu rechnen, aus den Haupt-Rirschengebieten lauten die eingegangenen Berichte übereinstimmend dahin, daß von einem Rirschenverkauf in diesem Jahr keine Rede sein kann. Äpfel und Birnen haben nur streifenweise stark gelitten, einzelne Sorten haben sich besonders hart gezeigt. Höhenunterschiede von wenigen Metern ergaben oft ein wesentlich verschiedenes Bild. Zugige Tallagen sind am schlimmsten betroffen worden. Soweit sich dies heute übersehen läßt, ist in vielen Gebieten Hoff-

nung auf eine gute Apfelernte; auch in Birnen, besonders Mostsorten, ist eine ziemliche Ernte zu erhoffen.

Druck und Verlag des Verch. Hofmannschen Buchdruckers in Wildbad. — Verantwortlich: E. Reinhardt daselbst.

Worpselt!
 Als Molzboffan wird oft
 gebrauchte Jmmer wackelnd
 Gelfennus Molzboffan
 ist aber aus Molz Jmmerfallt.
 Low Jofalt mouft 6!

Amtl. Fremdenliste.

Verzeichnis der am 11./12. Mai
 angemeldeten Fremden:

In den Gasthöfen:
Gasth. zum Anker.
 Damson, Hr. Heinrich Ludwigsburg
 Hermann, Hr. A. "
 Hübich, Hr. Karl "
Rgl. Bad-Hotel.
 Niemeyer, Hr. Hugo, Rfm. Hamburg
Hotel Belle vue.
 Caminacci, Hr. Freiburg
Pension Villa Hauselmann.
 Georg Rath.
 Dreptow, Hr. Walter Sainemünde
Hotel Klumpp.
 Spiegel, Hr. Friedr., Direktor mit Fr. Sem. Bremen

Möller, Hr. Robert mit Frau Sem. Frankfurt a. M.
 Czako, Hr. Emerich, Assistent d. Techn. Hochschule Karlsruhe
Gasth. zum wilden Mann.
 Drechsler, Hr. Michael, Rgl. Zolloberkontroll. Memmingen Bayern
 Ernst, Hr. Heinrich, Viehhändler Reutlingen
 Hugel, Hr. Gustav, Rfm. Memmingen Bayern
 Dettling, Hr. Andreas Deilingen
Hotel Pfeiffer zum gold. Lamm.
 Conwig, Hr. W., Rfm. Berlin
 Hartung, Hr. A., Rfm. Berlin
Hotel Post.
 Blattmann, Hr. Rfm. mit Fr. Sem. Paris
 Weinberg, Hr. S., Rfm. Frankfurt a. M.
 von Kuborff, Hr. S., Rfm. "
Sommerberg-Hotel.
 Autentrieth, Hr. S. mit Frau Sem. Stuttgart
 Wilmanns, Frau Consul Degerloch

In den Privatwohnungen:
Chr. Böhner We. Hauptstr. Weilheim b. Pechingen
 Pfeffer, Hr. Rg., Lehrer
Herm. Großmann, Flaschnermstr. Ebersberg b. München
 Rirschner, Hr. Braumeister
Villa Gutbub. Stuttgart
 Hornberger, Frau Stadtpfarrer
 Hornberger, Fr. Anna "
Villa Hammer. "
 Lindner, Hr. J. R. Obergeometer Kirchheimbolanden
 Seyler, Hr. Karl, Gerbereibesitzer Kirchheimbolanden
Villa Hohenstaufen. Eisenach
 Stuhlmann, Hr. Karl, Apotheker

Haus Josenhaus.
 Wigand, Hr. Karl, Rfm. mit Frau Sem. Bad Deyenhausen
Haus Kranz. Minn
 Ahlrep, Fr. Johanna
Villa Monte bello.
 Herrlich, Fr. J. mit Fr. Schwester Wismar i. Meckl.
Park-Villa.
 Petersen, Hr. Richard, Buchdruckereibesitzer Hannover-Midlingen
J. Paude. Brunsbüttel
 Dieterich, Fr. Elise
Luise Schmid We. Gähnerberg O. Calw
 Sad, Hr. Adam
Villa Viktoria.
 Pläter-Syberg, Graf und Gräfin Andre mit Bed. Schloß Arendol Poles
 Zahl der Fremden 1103

Bekanntmachung.

Nach § 41 der ortspolizeilichen Vorschriften haben die Hausbesitzer den Rehricht zur Abfuhr in den mit Deckeln versehenen Rehricht-eimern Viktor vor ihren Häusern parat zu halten. Diese Vorschrift wird immer noch nicht eingehalten. Es ergeht deshalb an die Hausbesitzer nochmals die **dringende Aufforderung**, diese vorgeschriebenen Rehricht-eimer zu beschaffen. Sie sind in verschiedenen hiesigen Geschäften zu erhalten. Zuwiderhandlungen gegen vorstehende Vorschrift müßten künftig bestraft werden, auch ist der Rehricht-fuhrmann angewiesen worden, aufgestellte alte Risten und Ähnliches als **Abfuhrmaterial** zu betrachten und abzuführen.

Wildbad, den 11. Mai 1912.

Stadtschultheißenamt:
 Böhner.

Bekanntmachung.

Nachdem die **Gewerbekataster** (Steuerkapitale) der neuingeschätzten Gewerbetreibenden der hiesigen Gemeinde durch die Bezirks-schätzungs-Kommission gemäß Art. 100 Abs. 3 des Gesetzes vom 28. April 1873/8. August 1903 betreffend die Grund-, Gebäude- und Gewerbe-steuer (Reg.-Bl. von 1903, S. 344) auf 1. Januar l. J. festgestellt sind, wird das Ergebnis der Einschätzung gemäß Art. 100 Abs. 4 dieses Gesetzes (vergl. mit Art. 99 Abs. 1 und Art. 61 Abs. 1) 15 Tage-lang und zwar

vom 1. Mai 1912 bis 15. Mai 1912

zur Einsicht der Beteiligten auf dem Rathaus (Zimmer Nr. 2) aufgelegt sein.

Jedem Unternehmer eines Gewerbes steht bezüglich seines Steuerkapitals das Recht der Beschwerde zu. (Gesetz Art. 99, Abs. 2).

Etwaige **Beschwerden**, welche die Beteiligten gegen die Einschätzung vorbringen wollen, sind an das **R. Steuerkollegium Abteilung für direkte Steuern** zu richten und längstens **bis zum 18. Mai d. J.**

bei dem Ortsvorsteher zur Weiterbeförderung anzubringen. Die Versäumnis dieser Frist zieht den Verlust des Beschwerde-rechts nach sich. (Gesetz Art. 61 Abs. 2).

Wildbad, den 29. April 1912.

Stadtschultheißenamt: Böhner.

In reichhaltiger Auswahl

habe ich am Lager:

Farbige Waschblusen
 Schwarze Satinblusen
 Weiße Batistblusen
 Leinenblusen

Voile-Blusen in weiß und farbig
 Wollmousselinblusen in farbig
 durchweg schön garniert.

Billige Preise!

Billige Preise!

H. Schanz, Damen-Konfektion

König Karlstraße 96.

Drucksachen

aller Art, in feinsten Ausstattung, ein- und mehrfarb. lief. E. Hofmann's Druckerei

Zu verkaufen!

1 Spiegel (Facett), 1,65 Mtr. hoch und 65 cm. breit, naturbuchen Rahmen, passend für Saal oder Restaurant, 3 Gasabhängelicht-lampen, 1 Rollschuhwand, 1 eiserne Rinderbettlade, 6 eiserne Stühle für Balkon hat preiswert abzugeben
Gustav Ruch
 zum goldenen Adler.

Den

Gras-Ertrag

von meiner Hauswiese habe zu verkaufen.

Eugen Lippé.

Weißer waschbare Kostümrocke

à M. 5.90 7.90 8.50 usw. empfiehlt

H. Schanz

König Karlstraße 96.

! Achtung !

Wir laden zu dem morgigen

Christianstag

unsere Namensbrüder in das Gasthaus zum „Anker“ freundlichst ein.

Nicht vergessen!

Mehrere Christian.

Weiss- und Rot-Weine

(über die Straße) in verschiedenen Preislagen empfiehlt

Fr. Kessler,
 Weinhandlg.

Emailschilder

in allen Größen u. Preislagen liefert billigt

W. Bohnenberger,
 Schlossermeister.

Kautschuk-Stempel

empfiehlt **G. W. Woff.**

Schwarzwald-Hotel

Heute Montag
 große
Schlachtpartie



wozu höflichst einladet
Wilhelm Schmid.

Sei kein Frosch

und behandle Dein Schuhzeug mit Dr. Gentner's Schucreme „Nigrin“
 Ohne Mähe eleganten Hochglanz.
 Alleiniger Fabrikant auch des Nüss. Metallputzmitt. „Gentol“:
Carl Gentner in Göttingen
 Fabrik chemisch-techn. Produkte.



Große Geld-Lotterie

zu Gunsten der Bergkirche (500 Jahre alt) in Lundenbad
 Ziehung garantiert am **27. Juni 1912**
 in Lundenbad. **Lospreis 2 Mark**
1. Hauptgewinn 35000 M.
Stuttgarter Geld-Lotterie
 Bare Geldgewinne 20000 M. Lose à 1 Mark.
 Zu haben bei **Carl Wilhelm Bott.**

Bürsten-, Cocos-, China-, Gummi- und Badematten

in jeder Größe zu billigsten Preisen.
 Telefon 32. **Phil. Bosch.** Telefon 32.
 P. S. Man achte auf meine Mattenausstellung.